

Jeder Krieg ist auch ein Krieg der Bilder. Auch der unerklärte zwischen der polnischen Grenzwa- che und den Asylsuchenden, die versuchen, aus Belarus über die grüne Grenze ins Land zu kommen. Auf der einen Seite stehen die Bilder der liberalen Medien, die gern erschöpfte Kinder zeigen, über einen Gewehrlauf hinweg fotografiert. So gesehen vor der Wache des polnischen Grenzschutzes in Michalowka in der östlichen Wojewodschaft Podlasien, als eine Gruppe irakischer Kurden auf ihre Abschiebung wartete. Das Ziel ist klar: Mitgefühl mit den Geflüchteten zu wecken. Auch bisher nicht durch besondere Religiosität aufgefallene Redaktionen zitieren dazu ausführlich aus dem Neuen Testament und diversen päpstlichen Enzykliken.

Diese Bilder gehen erkennbar auch dem regierungsnahen Publikum nahe. Die Tageszeitung *Rzeczpospolita* berichtete am Montag von wachsenden Gewissenskonflikten der Beamten, die an der Grenze eingesetzt werden. Besonders hart waren die Beweise dafür nicht, aber ein visuell angelegter Großangriff der polnischen Regierung in der vergangenen Woche verleiht dieser Behauptung doch eine gewisse Plausibilität. Damals traten die Minister für Inneres und Verteidigung, Mariusz Kaminski und Mariusz Blaszczak, gemeinsam mit dem schweigend daneben stehenden Kommandeur der Grenzwa- che zu einem Diavortrag vor die Presse. Sie zeigten Fotos, die auf den Telefonen bereits in Polen internierter, früherer Flüchtlinge sichergestellt worden sein sollen – nicht derjenigen, die aktuell an der Grenze abgewiesen werden, weil dies die Illegalität des Vorgehens der Behörden eingestehen würde.

Entmenschlichung

Auf den angeblich Flüchtlingen aus der islamischen Welt abgenommenen Bildern waren zu sehen: Szenen von Ent- hauptungen, vermeintliche Sitzungen terroristischer Gruppierungen, Telefonlisten mit Nummern in Großbritannien, die auf Anhänger der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) verweisen sollten – was zunächst aber natürlich niemand nachprüfen konnte – und als Sahnehäubchen »sexuelle Perversio- nen« wie Pädophilie oder Sex mit Tieren. Im letzten Fall widersprachen sich die Minister zwar hinsichtlich der Frage, ob das Bild einen Geschlechtsakt mit einer Stute oder einer Kuh zeige,



Gewissenskonflikt? Polnische Soldaten mit Stacheldraht an der Grenze zu Belarus (1.9.2021)

Selfie mit Kremllturm

Krieg mit Bildern: Kampagne der polnischen Regierung gegen Asylsuchende an Grenze zu Belarus. Von Reinhard Lauterbach

aber das hinderte das Staatsfernsehen *TVP* nicht daran, die Information über die »perversen Flüchtlinge« tagelang zur besten Sendezeit auszustrahlen. Auch wenn das linksliberale »Fakten- checker«-Portal *oko.press* schon am selben Tag enthüllte, dass es sich um eine alte Aufnahme handelte, die sich im Internet findet – also auch genauso gut den Flüchtlingen untergeschoben worden sein konnte.

Das eine Ziel dieser Regierungskampagne liegt auf der Hand: die Asylsuchenden zu entmenschlichen und die Verhängung und kürzliche Verlängerung des Ausnahmezustands im Grenzgebiet zu Belarus zu rechtfertigen. Selbst dem liberalen Magazin *Newsweek Polska* fiel dazu der Vergleich zu den Publikationen des Nazi- blatts *Stürmer* ein. Innenminister Kaminski sprach von den »außerordentlich harten Bedingungen«, unter denen die Polizisten und Grenzbeamten

ihren Dienst versähen, und Verteidigungsminister Blaszczak ergänzte, Polen werde seine Grenze »hart verteidigen«, wie es das seinen Bürgern schuldig sei.

Russland im Hintergrund

Um das zu erhärten, hat die Kam- pagne gegen die Flüchtenden einen zweiten Aspekt bekommen: Hinter den erschöpften Gesichtern der Men- schen sollen Belarus und Russland aufscheinen. Zu diesem Zweck waren unter den präsentierten Bildern auch solche, die irgendeinen Russ- land-Bezug suggerieren sollten. Etwa ein Selfie vor dem Hintergrund der Kremlltürme oder ein anderes, das eine Person mit einem Lehrbuch der russischen Sprache zeigte und bewei- sen sollte, dass der ehemalige Besit- zer der Aufnahme »in Russland geschult« worden sei.

Eher keine Nachhilfe durch solche Bildchen braucht die Europäische Union. Deren für Migration zustän- dige Innenkommissarin Ylva Johans- son traf sich vergangenen Donnerst- ag auf dem Warschauer Flughafen mit Innenminister Kaminski und bot ihm Unterstützung durch die Brüs- seler Grenzbehörde Frontex an. Dabei zeigte sie sich politisch mit Kamin- ski völlig einig: Es sei »unbestreit- bar«, dass hinter der »Flüchtlings- welle« der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko stehe. Der habe »nichts zu verlieren« und versu- che »verzweifelt«, seine der EU an- gehörenden westlichen Nachbarstaa- ten zu destabilisieren. Einstweilen freilich eher mit dem Ergebnis, dass das faschistoide Element in der pol- nischen Regierungspolitik deutlicher hervortritt und sich der Eindruck fest- igt, dass die EU dies im Interesse der »Flüchtlingsabwehr« duldet.

Druck auf Reporter

Polen: Durchsuchungen, Behinderungen und Pfefferspray gegen unerwünschte Pressevertreter

Piotr Bakselerowicz hat beruf- lich nichts mit der Situation der Flüchtlinge an der polnisch-bela- russischen Grenze zu tun. Er ist Lokal- reporter bei der Regionalausgabe der liberalen *Gazeta Wyborcza* im west- polnischen Zielona Gora. Trotzdem be- kam er am Sonnabend Besuch von der Polizei. Bis zu fünf Beamte drangen in seine Wohnung ein und konfiszierten seinen privaten und seinen dienstlichen Laptop sowie sein Mobiltelefon. Dass sie keinen Durchsuchungsbefehl dabei hatten, rechtfertigten sie mit »Gefahr im Verzug«. Von der IP-Adresse des Routers in der Wohnung von Bakselerowicz sei eine Drohmail an einen Abgeord- neten der Regierungspartei PiS verschickt worden. Darin hatte es in fehlerhaftem Polnisch geheiß »Ich bring' dich dem- nächst um« und dergleichen mehr.

Bakselerowicz ist sich sicher, dass er zum Opfer einer polizeilich-geheim- dienstlichen Provokation geworden

ist. Er verweist darauf, dass er zu dem Zeitpunkt, zu dem die fragliche E-Mail abgeschickt wurde, nachweislich beim Basketballtraining gewesen sei, seine Lebensgefährtin auf einer Auslandsrei- se. Auch sei die Drohmail nicht an das im Netz recherchierbare Postfach des Abgeordneten auf dem Server des pol- nischen Parlaments geschickt worden, sondern auf eine Adresse, die zu dem früher von dem Politiker betriebenen Schreibwarengeschäft gehöre und die nur dem Politiker selbst und seinem al- ternächsten Umfeld bekannt sei.

Die Chefredaktion der *Wyborcza* ver- mutete hinter dem Vorfall Bemühungen der Regierung und/oder der Geheim- dienste, die Presse generell einzuschüch- tern. Insbesondere, weil der attackierte Reporter mit den Flüchtlingen nichts zu tun hatte und – als implizite Mittei- lung der Polizei an die Branche – solche Durchsuchungen somit jeden Medien- vertreter treffen könnten. Dennoch ist

der Kontext unüberschaubar: Denn alles, was die Öffentlichkeit überhaupt aus Nichtregierungsquellen über die Si- tuation an der Grenze erfährt, kommt von Reportern, die sich mit Polizei und Grenzbeamten ein ständiges Katz-und- Maus-Spiel liefern. Da kann so ein Warnschuss aus Regierungsperspektive naheliegen.

Im übrigen ist das Vorgehen der pol- nischen Polizei gegen den Reporter Bak- selerowicz nur insofern eine Neuigkeit, als es bisher in aller Regel Journalisten getroffen hat, die aus innenpolitischen Brennpunktsituationen heraus berichtet haben. So sind mehrere Fotoreporter we- gen angeblicher Behinderung von Poli- zeibeamten belangt und am Rande von Protestveranstaltungen mit Pfefferspray traktiert worden. Etwa bei Aktionen gegen das verschärfte Abtreibungsrecht, Protesten von Kleinunternehmern gegen ausbleibende Coronaunterstützung oder auch bei faschistischen Aufmärschen

wie dem alljährlichen und von Regie- rungspolitikern zumindest rhetorisch unterstützten »Unabhängigkeitsmarsch« am 11. November. Bei diesem widmet sich die Polizei in der Regel vor allem der Bekämpfung antifaschistischer Gegendemonstranten.

Zwar sind Versuche, den Journalis- ten über die häufig zerstörte technische Ausrüstung hinaus auch noch Prozesse anzuhängen, bisher vor Gericht in der Regel gescheitert. Doch die Justiz lässt nicht locker: Allein gegen Journalisten der *Gazeta Wyborcza* sind, wie die Zei- tung kürzlich berichtete, aktuell etwa 70 Strafverfahren auf Initiative von Regie- rungspolitikern oder amtlichen Dienst- stellen anhängig. Das bindet Ressourcen und Nerven, die der journalistischen Arbeit verlorengehen. Genau dies könn- te die Absicht sein, völlig unabhängig davon, ob solch eine Zermürbungstaktik vor Gericht Erfolg hat.

Reinhard Lauterbach

Hintergrund

Stacheldraht und mehr

Der mit der Flüchtlingssituation an der Grenze zu Belarus ver- bundene Ausbau der techni- schen Sicherung auf polnischer Seite geht voran. Wie das Ver- teidigungsministerium vergan- gene Woche mitteilte, ist sofort nach der Fertigstellung eines ersten, 150 Kilometer langen Abschnitts die Verlängerung des Grenzzauns um weitere 97 Kilometer geplant. Damit wäre dann etwa die Hälfte der 418 Kilometer langen Grenze befestigt. Allerdings verläuft ein Teil davon entlang des Flusses Bug, der für zu Fuß flüchtende Menschen ohnehin ein größeres Hindernis darstellt, so dass eine Befestigung hier weniger dring- lich erscheinen mag.

Die Grenzbefestigung besteht in der ersten Ausbaustufe aus einem Verhaun aus drei überein- ander gestapelten und mit einan- der verhakten Rollen NATO- Draht sowie einem gehärteten Streifen davor, um Fußabdrücke feststellen zu können. Dahinter soll noch ein 2,50 Meter hoher Metallgitterzaun entstehen. Zu den Kosten äußert sich die pol- nische Regierung nur auswei- chend: Meldungen in den Me- dien über Kosten von 400 Mil- lionen Zloty (umgerechnet etwa 90 Millionen Euro) seien »um ein Mehrfaches übertrieben«.

Gegen diese Darstellung spricht, was das benachbarte Litauen zur Befestigung seiner Grenze zu Belarus ausgibt: Die Rede ist von 150 Millionen Euro bei einer Grenzlänge von 520 Kilometern. Allerdings soll der dortige Grenzzaun höher werden als der polnische. Auf den Einwand, damit werde der polnisch-belarussische Grenz- abschnitt schlechter gesichert sein als der litauische, erwiderte Vizeverteidigungsminister Marcin Ociepa vergangene Woche im Sejm, der Zaun sei ja auch noch nicht alles: Ge- plant sei außerdem noch der Bau einer »unüberwindbaren« Mauer entlang der Grenze. Polen werde sich dabei »inter- nationaler Erfahrungen« bedie- nen. Vorbilder gibt es zwischen Israel und den Palästinenser- gebieten oder entlang der Süd- grenze der USA.

Ociepas Äußerungen fielen in einer erregten Debatte über die zuvor im Verordnungsweg erfolgte Verlängerung des Aus- nahmezustands entlang der polnisch-belarussischen Grenze um weiter 60 Tage. Um Kritik der Opposition möglichst nicht zu Wort kommen zu lassen, hatte Parlamentspräsidentin Elzbieta Witek die Redezeit auf jeweils 30 Sekunden be- schränkt. Allerdings nicht für alle. Ein Abgeordneter der Regierungspartei PiS forderte die »linksradikalen« Kritiker des Ausnahmezustands aus den Reihen der Opposition auf, persönlich jene aufzunehmen, die die Minister zuvor als Terro- risten und sexuelle Gefährder gebrandmarkt hatten. Bei dieser Tirade spielten die 30 Sekunden keine Rolle.

(rl)